

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin G. 25, Kleine Metzgerstraße 28. Tel.: E 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 7 bis 12 Uhr
Tägliche Erscheinung: Dienstag und Freitag von 12 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Verlag: Rosa Luxemburg Verlag, Postfach 100, Berlin, W. 1
Telefon: Rosa Luxemburg 100, Berlin, W. 1
Postfach 100, Berlin, W. 1

Belegpreis pro Woche 10 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Postgebühren
in Berlin und Orten mit eigener Postanstalt. — Fernabgebende
Nachnahme inkl. Postgebühren 3,50 Mark; Einzelhefte im Ausland sowie nach
Belgien, Italien, Jugoslawien, Dänemark, Schweden und Norwegen 4,50 Mark,
sonstige Länder 4,80 Mark.

Begründet von

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abbestellung: Die Rote Fahne, Rosa Luxemburg 100, Berlin, W. 1
Abbestellung: Die Rote Fahne, Rosa Luxemburg 100, Berlin, W. 1
Abbestellung: Die Rote Fahne, Rosa Luxemburg 100, Berlin, W. 1

Youngsteuern aus „Kanaille Volk“

Notverordnungen mit Diktatur-Artikel 48 von Hindenburg und Brüning erlassen
„Notopfer“, Meger-, Ledigen-, Getränkesteuer... Steuern, Steuern, Steuern!

Tribute von Erwerbslosen und Kranken

Mit dem nackten Diktaturartikel 48, spottend
der Verfassung dieser Weimarer Republik, hat gestern
der „christliche“ Kanzler des Young-Kabinetts dem
schaffenden Volk das schändlichste aller Ausplünderungs-
programme auf die Schultern gedrückt. Die Notver-
ordnungen zur Deckung des Haushalts der Eliten-
halter sind von Hindenburg und Brüning unter-
zeichnet, gestern spät abends mit dem Artikel 48 in
Kraft gesetzt worden.

Brüning will zur Wirklichkeit machen, den Wunsch des
Bürgerkassendirektors Frey, 20 Millionen der sogenannten
Kanaille verrückt zu lassen.

Steuern auf Kopf, Leinwand, Ledigein

Alles wird besteuert. Angefangen vom Kopf, dann
2 1/2 Prozent „Notopfer“ der Beamten, die Bediensteten,
Feuer, 8 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer,
Gemeinde-Werke, Gemeinde-Getränke-
steuer für Tee, Kaffee, Kakao und alle übrigen Selbstgetränke.

Aber alles wird überboten durch den Generalangriff auf
die Arbeitslosenversicherung und Kranken-
versicherung. Zur einseitigen Erhöhung der Beiträge
kommt ein radikaler Ausbau der Leistungen. Wenn
die Mittel der Reichsversicherungsanstalt, die nicht mehr wie
bisher unbegrenzte Zuschüsse vom Reich erhält, nicht aus-
reichen, wird der Gehaltstag nur zur Hälfte vom Reich ge-
tragen. Die übrige Hälfte muß durch weitere Beitrags-
erhöhungen und durch Abbau der Unterstützungen „ausgeglichen“
werden. Darüber hinaus enthalten die Verordnungen eine
Anzahl weiterer Verschlechterungen in Bezug auf Sperrzeiten,
Wartgeld und Krankschutzleistung. Selbst der radikale Ausbau
der Krankenversicherung ist in den Notverordnungen
enthalten.

Nach dem Geld, das so aus den Arbeitern, Angestellten,
Beamten und werktätigen Mittelständlern herausgeschunden
wird, fließt zu einem Teil sofort mit Hilfe des Artikels 48 in
die Taschen der Junker unter dem Etikett des Militär-
Gefleges.



Das Brüning-Kabinett hat die Wünsche der schmerz-
sticken Schatzkammer und der Finanzhyänen erfüllt. Alle die
Steuern, die vom Reichstag abgelehnt wurden, sie werden jetzt
diktatorisch verhängt. In ihrer eigenen Erklärung muß die
Regierung ausrufen, daß die Ziffer der Erwerbslosen 1,5 Mil-
lionen überschritten wird. Und sie „löst“ das Arbeitslosen-
problem durch allgemeinen Abbau der Erwerbslosenversicherung,
durch Mordanschlag an den Hungernden.

Alle Schichten der Werktätigen, die bereits auf das Schwerste
unter den drückenden Lasten der Young-Ausbeutung kämpfen,
sie werden noch schärfer besteuert, noch härter ausgeplündert.
Es will es die Bourgeoisie, die mit dem Artikel 48 regiert. So will
es der „Kaiser“ Hindenburg. So will es das „christliche“ Zen-
trum. Denn es ist der Befehl des Organs und seiner deutschen
Young-Bügel, der Elitenhalter, die aus den Werktätigen durch
Steuern, durch Behraub und Massenentlassungen die Militär-
tribute herauspressen.

Verbrecherische Schuld der SPD.

Doch das ausgeplünderte Volk weiß, niemals hätte
Brüning dieses Ausplünderungsprogramm in die Tat umsetzen
können, wenn nicht die SPD es ermöglicht hätte. Sie
schuf die Voraussetzungen für das Programm. Ihre Mi-
nistrier Hilferding und Wissell ebneten den Weg für die
Brüning, Meißner und Stegerwald. Sie erstete die Brüning-
Regierung durch Abkündigung von Abgeordneten durch
Stimmenhaltung bei Mißtrauensanträgen der Kommunisten.
Und als sie durch Stimmenhaltung die Annahme des Artikels 48
des Brüning-Programms ermöglichte, gab sie überhaupt erst
dem Bürgerkassendirektor die diktatorische Vollmacht, alle die
Steuern zu erlassen. Die Sozialdemokratie löst die Verant-
wortung für die Millionenverplünderung des werktätigen
Volkes mit dem Young-Kabinett Brüning.

Jetzt heißt es ausrufen mit allen Volksfeinden. Jetzt
heißt es verhindern, daß das gesamte werktätige Volk mit in die
Katastrophe hinabgerissen wird. Das Volk ist entschlossen, dem

Hungerelend ein Ende zu bereiten. Alle Schichten der wer-
ktätigen Bevölkerung sammeln sich zum Kampf mit der
einzigen antikapitalistischen Partei gegen die Young-Kräuter.
Ihr Arbeiter und Angestellte, ihr Kleinbauern und wer-
ktätigen Mittelständler, zahlt keinen Pfennig dieser freyen,
ungesetzlichen Steuern, Wehrt euch, alten Schwendhaltern die

Tribute zu entrichten. Zeigt den Young-Bügel, daß sie auch
nicht als willenlose Sklaven zu einem Kuldeusein herabzuden
lassen.

Millionen und aber Millionen werden am 14. September
ihren Willen, die Elitenhalter zu sprengen, durch die Wahl
der kommunistischen Partei bekunden. In einer Welle
von Wirtschaftskämpfen, in denen Betriebsarbeiter und Er-
werbslose Schulter an Schulter stehen, wird den Young-Bügel
die erhoffte Tributwerte abgejagt werden. Und dann kommt der
Tag, wo das Millionenheer der Arbeitsmänner mit eisernem
Bogen Auskehr hält.

Hitler im Dienste der Börsenhyänen

Er schiebt ihnen 200 Millionen Mark zu

Vor einigen Tagen erschien Hitlers „Völkischer Beobachter“ mit der Überschrift „Besteuert die Börsen!“
und er schrieb:

„Die Nationalsozialisten waren und sind die einzige Partei, welche mit größtem Nachdruck auf neue Besteuerungs-
möglichkeiten des Kapitalverkehrs verwiesen haben. Namentlich die Börsenumsatzsteuer, deren
Satz kaum den zehnten Teil der allgemeinen Umsatzsteuer ausmacht, könnte heraufgesetzt werden.“
Wie hat aber Hitlers NSDAP, tatsächlich im Reichstag gestimmt?

Die Nationalsozialisten stimmten mit der SPD, für den Antrag der Regierungs- parteien auf Ermäßigung der Kapitalertragssteuern und der Kapitalverkehrs- steuern, gegen die KPD-Anträge auf Erhöhung der Kapitalsteuern

Die Nationalsozialisten stimmten damit einem 200-Millionen-Mark-Geschenk für die Börsenhyänen zu.
Hitler trägt für dieses volksfeindliche Geschenk an das Finanz- und Börsenkapital die oberste politische Verant-
wortung.
Stellt diese Tatsachen überall an den Pranger!

Der Feldzug gegen unsern 1.-August-Aufmarsch

Mai-Zörgiebel provoziert

Nach dem Lustgartenraub: Raub der Demonstrationsstraßen in den
Spieghervierteln, Polizeibefehl auf hundenslange Umwege beim Aufmarsch

Der Zörgiebel der SS Mattoten häuft seine Provo-
kationen gegen den Antikriegsaufmarsch des roten
Berlin am 1. August. Angesichts des Rückganges des
sozialdemokratischen Einflusses will er die Polizei-
hilfe für die sozialdemokratischen Kriegspatrioten ein-
setzen, um den revolutionären Aufmarsch unter der
Führung der KPD, auf jede erdenkliche Weise zu be-
hindern. Nach dem frechen Raub des Lust-
gartens, bei dem der Zörgiebel seine amtliche Funk-
tion ebenso offen für die SPD-Führer einsetzte, wie
beim blutigen Mai, läßt er einen Aufmarschplan
zur Demonstration beschließen, der nichts mit dem De-
monstrationsplan der KPD, zu tun hat. Er will unseren
Demonstration die wichtigsten Arbeiterstraßen
rauben und durch große Umwege die Vereinfachung des
Demonstrationsplatzes verhindern.

Die Zörgiebel-Polizei befehlt die Straß, unter Hinweis auf
die „Verkehrsordnung“ den Kommunisten das Demonstrieren im
Herzen der Arbeiterviertel verbieten zu wollen. Die
SPD-Führer und Gewerkschaftsbeamten wollen für Mainard,
Jungferknecht und ihren glanzreichen Hindenburg-Sozialismus
von 1914 im Wedding demonstrieren.

Als dem Vertreter der KPD, im Kommando der Schutz-
polizei die völlige Veränderung des Demonstrationsplatzes mit-
geteilt wurde, erklärte einer der Beamten:

„Sie haben doch Ihre Sympathien bei den Arbeitern,
deshalb brauchen Sie nicht in diesen Vierteln zu
demonstrieren.“

Die Strategie der Polizeihyänen will beispielsweise den
Zug vom Wilhelmsplatz über Landsberger Platz, Warschauer
Brücke und Hermannplatz (1), ferner den Zug des NS-
Kardass von Prenzlauer Allee, Elisabeth, Peterburger
Straße über Warschauer Brücke und Hermannplatz (1)
zum Winterfeldplatz leiten. Diese unerschämte Provokation
dient nur dem Zweck, durch den hundenslangen Umweg zu ver-
hindern, daß die Züge überhaupt nach den Winterfeldplatz und
das Viertel der fatten Kriegshyänen und Gasküsten erreichen.

Mögen die Heinen polizeisozialistischen Lakaien die Befehle
aus den Klubs der youngkapitalistischen Ausbeuter dienlich
entgegennehmen — das rote Berlin wird seinen Antikriegs-
aufmarsch als die erste grandiose Massendemonstration unter der
Führung der kommunistischen Partei nun erst recht durchführen.

Die Arbeiter, die selbst noch Polizeianficht in ihrer Sym-
pathie zur KPD stehen, müssen überall sofort Protestbeschlüsse
gegen Zörgiebel's Terror fassen. Schafft Antikriegskomitees,
stellt die vorbereitenden Kampfausschüsse in den Dienst der Auf-
stellung für den Aufmarsch am 1. August!

Heute in den Sportpalast! Kundgebung des roten Berlin für das Weltkindertreffen

Heute am 14 Uhr mittags verbrüdernd sich das rote Berlin
in den gewaltigen Räumen des Sportpalastes mit den Arbeiter-
und Bauernkindern, die aus der ganzen Welt zu ihrem 2. Welt-
treffen in Berlin wollen.

Für das Zentralkomitee der KPD.

spricht Genosse Hermann Remmele

hieraus zur Demonstration unter der Fahne des Kommu-
nismus!